

# Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik

---

## ... in Europa

„Stellt euch vor, es ist Krieg und keiner geht hin“ ...um zu helfen...

2012 wurden in den 27 EU-Staaten 335 380 Asylanträge eingereicht. Dies stellt eine Zunahme von 10,6% gegenüber dem Jahr 2011 (303.105 Asylanträge) dar. Damit wurde laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der höchste Wert seit dem Jahr 2002 erreicht. Zwar gab es auch in Deutschland dementsprechend Zuwächse von Asylanträgen in absoluten Zahlen, jedoch liegt der Anteil der Asylantragssteller pro 1.000 Einwohner bei 0,9 Antragsstellern pro Kopf. Im europaweiten Vergleich liegt Deutschland damit im Ranking auf Platz 11 und damit lediglich 0,2 Antragssteller über dem Durchschnitt. Malta dagegen als deutlich kleineres und wirtschaftlich schwächeres Land als Deutschland trägt – pro Kopf betrachtet – die größte Last in Europa. Auf jeweils 1.000 Einwohner entfallen 5,0 Antragsteller. Schweden hat kürzlich als erstes EU-Land verkündet, allen syrischen Flüchtlingen ein unbegrenztes Aufenthaltsrecht zu gewähren. Damit hat Schweden eine unbürokratische, schnelle und humane Lösung für die aus dem Bürgerkriegsgebiet geflohenen Männer, Frauen und Kinder gefunden. Es ist traurig, dass Deutschland international mit einem Minister auftritt, der betont, dass mehr Engagement in der Flüchtlingspolitik deshalb nicht verlangt werden könne, weil kein EU-Mitglied angeblich mehr Flüchtlinge aufnehme.<sup>1</sup> Gerade Deutschland als wirtschaftlich stärkstes Land hätte hier als Vorreiter vorangehen sollen.

Dafür ist es nun zu spät, jedoch sollten wir jetzt dem menschlichen Beispiel Schwedens folgen und die Signalwirkung eines Kurswechsels in der Flüchtlingspolitik nicht unterschätzen.

**Deshalb fordern wir den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, sowie die SPD Bundestagsfraktion, insbesondere die Hamburger Bundestagsabgeordneten, und die SPD-Gruppe im Europäischen Parlament auf:**

- sich für eine gesamteuropäische Lösung der Flüchtlingsfrage mit starker deutscher Beteiligung einzusetzen. Zu einer konsequenten Umsetzung des Art. 1 GG und Art. 1 EMRK gehört zwingend ein menschenwürdiger Umgang mit Flüchtlingen. Dies ist nicht zuletzt eine Frage praktizierter Solidarität zwischen den Mitgliedsländern der EU und von humanitärer Verantwortung, so auch Martin Schulz.<sup>2</sup>
- Dazu müssen sowohl innerhalb der Bundesrepublik als auch innerhalb der EU finanzielle Mittel bereitgestellt werden, die insbesondere den von den Flüchtlingsströmen unmittelbar betroffenen Ländern zu Gute kommen.
- Diese Mittel müssen auch Drittstaaten zu Teil werden, die bisher seit Beginn des Bürgerkrieges beispielhaft Zehntausenden Kriegsopfern ungeachtet ihrer finanziellen Kapazitäten Schutz und Hilfe gewährt haben.
- Wir sehen uns als die Partei der Solidarität. Daher ist es für uns selbstverständlich unabkömmlich, dass auch in den möglichen Koalitionsverhandlungen diese Forderungen Priorität haben.

---

<sup>1</sup> <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-10/Fluechtlingspolitik-Debatte-Statistik>; 16.10.2013, 15:19 Uhr.

<sup>2</sup> <http://www.martin-schulz.info/index.php?link=4&bereich=1&details=1&id=1179>.

## ...in Hamburg

Nicht nur auf europäischer Ebene ist ein Kurswechsel gefragt. Auch in Hamburg gibt es konkrete Missstände, die es gemeinsam und mit der ausdrücklichen Solidarität aller Bezirke zu beseitigen gilt.

Nachdem die Flüchtlinge in der Hoffnung auf ein besseres Leben in Frieden und Sicherheit einen langen und beschwerlichen Weg auf sich genommen haben und in Hamburg angekommen sind, finden sie dort eine maßlos überfüllte Erstunterkunft vor, in der die Zustände – insbesondere die hygienischen- katastrophal sind. Auch die Betreuung vor Ort lässt deutlichen Raum für Verbesserungen. Es fehlt oft an den elementarsten Dingen und dort abzuhelpfen, kann weder eine Frage von Geld noch von Aufwand sein.

Für die Flüchtlingsunterbringung ist in Hamburg „fördern & wohnen“ zuständig.“ f & w fördern und wohnen“ ist in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AÖR) ein Unternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg. Das Unternehmen unterliegt der Verantwortung eines Aufsichtsrats, dessen Vorsitzender Staatsrat der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Jan Pörksen ist. Die Stadt Hamburg kann daher direkten Einfluss gegenüber f&w geltend machen. Gleichzeitig trägt sie damit auch die Verantwortung für den Zustand der Unterkünfte.

### **Deshalb fordern wir den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf:**

- In dem Umgang mit den in Hamburg angekommen Flüchtlingen einen wohlgesinnten, offenen und ergebnisorientierten Dialog zu führen.
- Die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen und HelferInnen vor Ort nach Kräften zu unterstützen.
- Die Qualitätsunterschiede zwischen den verschiedenen Einrichtungen aktiv zu bekämpfen.
- Die Betreuung in den Einrichtungen zu verbessern. Dies meint insbesondere eine Sicherstellung von ärztlicher, sozialpädagogischer und psychologischer Betreuung. Eine parallele Bereitstellung von Dolmetschern ist hierbei unerlässlich.
- Mehr Unterbringungen zu schaffen. Zu menschenwürdiger Unterbringung gehört dabei neben beheizten und festen Räumlichkeiten auch, dass Familien nicht getrennt werden, dass hygienische Mindeststandards gewahrt bleiben und auch eine geschlechtergetrennte Unterbringung gewährleistet wird.
- Eine Unterbringung von Obdachlosen im Rahmen des Winternotprogrammes und von Flüchtlingen in denselben Einrichtungen zu verhindern.
- Dafür Sorge zu tragen, dass das Sicherheitspersonal vor Ort zumindest tagsüber paritätisch besetzt ist und bei der Auswahl des Personals Rücksicht auf die Traumata der Flüchtlinge genommen wird.
- Von einer überfallartigen Abschiebung der Flüchtlinge zumindest bei Familien in den Nachtstunden Abstand zu nehmen.